



Detailansicht des Registereintrags

INSM - Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Aktuell seit 25.06.2026 16:30:55

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Registernummer:	R002337
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	25.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	25.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Sonstiges Unternehmen
Kontaktdaten:	Adresse: Georgenstraße 22 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493027877171 E-Mail-Adressen: info@insm.de geschäftsführung@insm.de Webseiten: <u>www.insm.de</u>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1.420.001 bis 1.430.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

2,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Thorsten Alsleben**
Funktion: Geschäftsführer
2. **Jörg Sautner**
Funktion: Prokurist

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (7):

1. **Stephan Einenckel**
2. **Jörg Sautner**
3. **Marie-Charlotte Lück**
Tätigkeit bis 11/21:
Studentische Mitarbeiterin
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
4. **Carl-Victor Wachs**
Tätigkeit bis 10/21:
Pressesprecher
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
5. **Dr. Stefan Schöncke**
Tätigkeit bis 05/22:
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
6. **Jan-Michael Weiss**
7. **Thorsten Alsleben**

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (30):

Arbeitsmarkt; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Außenwirtschaft; Hochschulbildung; Schulische Bildung; Vorschulische Bildung; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Allgemeine Energiepolitik; Erneuerbare Energien; Sonstiges im Bereich "Energie"; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Digitalisierung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Öffentliches Recht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Arbeitslosenversicherung; Grundsicherung; Krankenversicherung; Pflegeversicherung; Rente/Alterssicherung; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"; Staatsorganisation; Klimaschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Verkehrsinfrastruktur; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Wettbewerbsrecht; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"

Die Interessenvertretung wird in eigenem Interesse und im Auftrag Dritter ausschließlich selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Seit dem Jahr 2000 ist es das Ziel der INSM das bewährte Konzept der Sozialen Marktwirtschaft von Ludwig Erhard so an die Gegenwart anzupassen, dass die Prinzipien unternehmerische Freiheit, Souveränität der Konsumenten, Eigeninitiative und Chancengerechtigkeit weiter ihre positiven Wirkungen entfalten können.

Zu diesem Zweck gibt die INSM Studien bei renommierten Wirtschaftsforschungsinstituten in Auftrag und gibt die Resultate als Reformimpulse in die Politik weiter. Dies geschieht durch Positionspapiere, Broschüren und Executive Summaries, welche in Mailings an MdB und Ministerien versandt werden. Darüber hinaus organisiert die INSM regelmäßig Veranstaltungen, welche Impulse an MdB, Bundesregierung und Ministerien vermitteln sollen. Zudem wirbt die INSM auch öffentlichkeitswirksam im Rahmen thematischer Kampagnen für marktwirtschaftliche Reformen.

Die INSM wirbt für eine generationengerechte Rente, Bürokratieabbau, einen ausgeglichenen Staatshaushalt ohne neue Schulden, Ordnungspolitik als Rahmen für wirtschaftliches Handeln, marktwirtschaftlichen Klimaschutz durch Zertifikatehandel, internationalen Freihandel und die Erhaltung des Wirtschaftsstandorts Deutschlands sowie dessen industriellen Kern.

Konkrete Regelungsvorhaben (13)

1. Rentenpaket II generationengerecht gestalten

Beschreibung:

Die INSM setzt sich gegen die Festschreibung des Rentenniveaus auf 48% ein, Stichwort Haltelinie. Ferner ist sie für eine Neugestaltung des Generationenkapitals hinsichtlich einer Stärkung der bestehenden privaten Altersvorsorge.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 264/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zum Aufbau eines Generationenkapitals für die gesetzliche Rentenversicherung (Rentenniveaustabilisierungs- und Generationenkapitalgesetz)

1. Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMAS): Gesetz zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zum Aufbau eines Generationenkapitals für die gesetzliche Rentenversicherung (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11898 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zum Aufbau eines Generationenkapitals für die gesetzliche Rentenversicherung (Rentenniveaustabilisierungs- und Generationenkapitalgesetz)

1. Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMAS): Gesetz zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zum Aufbau eines Generationenkapitals für die gesetzliche Rentenversicherung (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 6 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2405210010 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.05.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

2. Stabilisierung Rentenniveau

Beschreibung:

Kernpunkt ist die Adressierung von steigenden Kosten und Belastungen durch das sog. Rentenpaket. Insb. die Stabilisierung des Rentenniveaus verschiebt dringenden Reformen in die Zukunft und reißt Lücken in den Bundeshaushalt. Ziel ist das Eintreten für eine langfristig tragfähige Rentenreform und mehr Anreiz zur Arbeitsaufnahme.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1929 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zur vollständigen Gleichstellung der Kindererziehungszeiten

Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 6 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

3. Leistungsreduzierung Bürgergeld

Beschreibung:

Die mit der Abschaffung des Bürgergelds geplanten Sanktionen und Mittelstreichungen für Grundsicherungsempfänger sind verfassungskonform. Die Einschränkungen könnten sogar noch weiter gehen als bislang geplant.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/3541 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze

Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 2 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Grundsicherung [alle RV hierzu]

4. Arbeitszeitgesetz auf wöchentliche Höchstarbeitszeit stellen

Beschreibung:

Das Arbeitszeitgesetz muss umgehend wie vereinbart von täglicher auf wöchentliche Höchstarbeitszeit umgestellt werden – und zwar für alle Betriebe. Gleichzeitig muss es weiter die Möglichkeit der Vertrauensarbeitszeit ohne bürokratische Arbeitszeiterfassung geben.

Betroffenes geltendes Recht:

ArbZG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]

5. Abfindungsoption im Kündigungsschutz

Beschreibung:

Der Kündigungsschutz muss rechtssicherer gemacht werden. Statt eines rigiden Kündigungsschutzes kann für höhere Einkommen (z. B. oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze) eine einfache Abfindungsregel eingeführt werden (Abfindungsoption).

Betroffenes geltendes Recht:

KSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitslosenversicherung [alle RV hierzu]; Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]

6. Aussetzen Vorbeschäftigungsverbot

Beschreibung:

Das Vorbeschäftigungsverbot muss wie geplant ausgesetzt werden, damit befristete Anstellungen auch möglich sind, wenn der Bewerber schon mal bei dem Arbeitgeber gearbeitet hat.

Betroffenes geltendes Recht:

TzBfG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitslosenversicherung [alle RV hierzu]; Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]

7. Reform der Einkommensteuer

Beschreibung:

Die vom Koalitionsausschuss für Anfang 2027 angekündigte Reform des Einkommensteuertarifs und Abflachung des Mittelstandsbauchs ist zwingend geboten, darf aber nicht mit Steuererhöhungen für hohe Einkommen einhergehen. Der Grundfreibetrag ist anzuheben, der Spitzensteuersatz darf für Alleinstehende erst ab 120.000 Euro Jahreseinkommen gelten. Eine Steuererhöhung – auch für obere Einkommen – würde gerade mittelständische Personengesellschaften treffen und wäre ein weiterer Standortnachteil. Der Steuertarif muss gesetzlich verpflichtend automatisch an die Inflationsrate angepasst werden, so dass der Effekt der kalten Progression vermieden wird („Tarif auf Rädern“).

Betroffenes geltendes Recht:

EStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

8. **Abschaffung Solidaritätszuschlag**

Beschreibung:

Der Solidaritätszuschlag im Einkommensteuerrecht, den vor allem noch mittelständische Unternehmen und Freiberufler zahlen, muss vollständig abgeschafft werden.

Betroffenes geltendes Recht:

SolZG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

9. **Pflegeversicherung auch zukünftig als Teil-Risikoversicherung**

Beschreibung:

Die Pflegeversicherung muss auch in Zukunft eine Teil-Risikoversicherung sein. Eine einjährige Karenzzeit, die Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors analog zur Rente, die Streichung des Entlastungsbetrags sowie die Begrenzung des Leistungszuschlags auf solche Heimbewohner, die länger als 24 Monate in einem Heim leben, nehmen Druck aus dem System. Um das verbliebene Teilrisiko abzusichern, müssen die Rahmenbedingungen für ergänzende private Pflegevorsorge verbessert werden. Beiträge zur privaten Pflegezusatzversicherung sollten als Vorsorgeaufwendungen absetzbar

sein und ähnlich wie bei der Riester-Rente könnte der Staat attraktive Zuschüsse in Aussicht stellen.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB11ÄndG 1 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Pflegeversicherung [alle RV hierzu]

10. **Bürokratieabbau konsequent praktizieren**

Beschreibung:

Beschlüsse des Entlastungskabinetts sind umzusetzen. Nun

JETZT HANDELN:

braucht es tatsächliches Handeln

in Form eines starken ersten

Bürokratieentlastungsgesetzes

im Jahr 2026. Praxis-Check umzusetzender Gesetze. Auslaufklausel für jedes neu beschlossene Gesetz. Ausweitung Genehmigungsfiktion.

Betroffenes geltendes Recht:

VwVfG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

11. **CO²-Emissionshandel als Ziel klimapolitischer Maßnahmen**

Beschreibung:

voller Fokus der gesamten

Klimaschutzpolitik auf den CO₂-

Emissionshandel als einheitliches

marktwirtschaftliches

Instrument – Abschaffung

sämtlicher sektor- oder

technologiespezifischer

Regelungen.

Betroffenes geltendes Recht:

TEHG 2025 [alle RV hierzu]; BEHG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]

12. **Einnahmen der CO₂-Bepreisung direkt an Bürger geben.**

Beschreibung:

Die Koalition muss ihr

Versprechen einhalten und

die Einnahmen aus der CO₂

Bepreisung vollständig an Bürger und Unternehmen zurückgeben – am besten über eine Senkung der Stromsteuer und der Netzentgelte. Die Nichterfüllung des Versprechens zieht die CO₂-Bepreisung insgesamt in Zweifel. Der Klimatransformationsfonds kann insofern aufgelöst werden, weil die Mittel ausschließlich diesem Zweck zugeführt werden.

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

13. **Erneuerbare-Energien-Gesetz anpassen.**

Beschreibung:

Das „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ garantiert immer noch planwirtschaftlich Einspeisevergütungen. Seine Kosten werden zwar inzwischen aus dem Haushalt bezahlt, belaufen sich aber auf rund 15 Mrd. Euro. Es sollte für neuinstallierte Anlagen abgeschafft werden und für

JETZT HANDELN:

ENERGIE UND UMWELT

13 INSM

Altanlagen nach dem gesetzlichen Bestandsschutz auslaufen.

Betroffenes geltendes Recht:

EEG 2014 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (1)

1. **Auftrag**

Die INSM setzt sich für die Soziale Marktwirtschaft nach Ludwig Erhard ein.

Auftrag der INSM sind alle Maßnahmen der unternehmerischen Öffentlichkeitsarbeit einschließlich der damit zusammenhängenden Aufgaben wie Beratung, Dienstleistung und

Koordination sowie insbesondere die Konzeption, Durchführung und Begleitung von Maßnahmen der strategischen Öffentlichkeitsarbeit, die in der Politik die Akzeptanz einer freiheitlichen und sozialen Marktwirtschaft fördern und die Bereitschaft zu marktwirtschaftlichen Reformen erhöhen sollen.

Interessenbereiche: Allgemeine Energiepolitik, Arbeitslosenversicherung, Arbeitsmarkt, Außenwirtschaft, Digitalisierung, Erneuerbare Energien, EU-Binnenmarkt, EU-Gesetzgebung, Grundsicherung, Hochschulbildung, Industriepolitik, Kleine und mittlere Unternehmen, Klimaschutz, Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben, Öffentliches Recht, Rente / Alterssicherung, Schulische Bildung, Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung", Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung", Sonstiges im Bereich "Energie", Sonstiges im Bereich "Recht", Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung", Sonstiges im Bereich "Umwelt", Sonstiges im Bereich "Wirtschaft", Verkehrsinfrastruktur, Vorschulische Bildung, Wettbewerbsrecht

Konkrete Regelungsvorhaben: Dieser Auftrag bezieht sich auf kein konkretes Regelungsvorhaben

Auftraggeber/-innen (1):

1. **Gesamtmetall | Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V.**

Eingetragener Verein (e. V.)

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:

5.650.001 bis 5.700.000 Euro

Kontaktdaten:

Adresse:

Voßstraße 16

10117 Berlin

Deutschland

Telefonnummer: +4930551500

E-Mail-Adressen:

info@gesamtmetall.de

Webseiten:

www.gesamtmetall.de

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Wolfram Hatz**

Funktion: Vizepräsident

2. **Arndt Kirchhoff**

Funktion: Vizepräsident

3. **Wolf Mang**

Funktion: Vizepräsident

4. **Folkmar Ukena**
Funktion: Schatzmeister
5. **Dr. Udo Dingreiter**
Funktion: Präsident
6. **Peter Sebastian Krause**
Funktion: Vizepräsident

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (7):

Betraute Personen (7):

1. **Marie-Charlotte Lück**
Tätigkeit bis 11/21:
Studentische Mitarbeiterin
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
2. **Carl-Victor Wachs**
Tätigkeit bis 10/21:
Pressesprecher
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
3. **Dr. Stefan Schöncke**
Tätigkeit bis 05/22:
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
4. **Jan-Michael Weiss**
5. **Thorsten Alsleben**
Funktion: Geschäftsführer
6. **Stephan Einenckel**
7. **Jörg Sautner**

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

[INSM_Offenlegung-LR-2025.pdf](#)